

Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2013

Die Messe Berlin GmbH wendet als nicht börsennotiertes Unternehmen den Berliner Corporate Governance Kodex („Kodex“) auf der Grundlage der Beteiligungshinweise des Landes Berlin an, um deren Beachtung die Messe Berlin von der Senatsverwaltung für Finanzen als im Mehrheitsbesitz des Landes Berlin stehendes Unternehmen gebeten wurde.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Messe Berlin GmbH erklären in entsprechender Anwendung des § 161 AktG, dass die Messe Berlin GmbH wie nachfolgend dargestellt bis auf die ebenfalls dargestellten Abweichungen den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17.02.2009 entsprechen hat bzw. künftig entsprechen wird. Sofern sich nachfolgende Aussagen sowohl auf den Erklärungszeitraum 2013 als auch auf künftige Erklärungszeiträume beziehen, sind diese im Präsens dargestellt.

1. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführung und Aufsichtsrat arbeiten eng und vertrauensvoll zum Wohle der Gesellschaft zusammen. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse werden von der Geschäftsführung im Rahmen der Berichtspflicht offengelegt. Mitarbeiter der Geschäftsführung sowie Mitarbeiter der Aufsichtsratsmitglieder werden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hält seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung ab.

Die strategische Unternehmensplanung wird mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig über den Umsetzungsstand.

Neben den Regelungen zur Informations- und Berichtspflicht im Gesellschaftsvertrag besteht eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, die Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats regelt.

Die Geschäftsführung legt dem Aufsichtsrat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung vor und holt für zustimmungspflichtige Angelegenheiten seine Zustimmung ein.

Die Geschäftsführung kommt ihrer Informations- und Berichtspflicht hinsichtlich aller für das Unternehmen relevanter Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance regelmäßig und in schriftlicher Form nach; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ist ausreichend. Es werden Soll/Ist-Vergleiche vorgenommen. Planabweichungen werden plausibel und nachvollziehbar dargestellt und Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat kommen ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nach; sie wahren die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden. In den Verträgen der Geschäftsführung wurde vereinbart, dass die Messe Berlin - insbesondere im Falle einer Änderung der Beteiligungshinweise des Landes Berlin – berechtigt ist, die D&O-Haftpflichtversicherung für die Geschäftsführer zu ändern, auch ohne dass dies der Zustimmung des Geschäftsführers bedarf. Ferner ist geregelt, dass der Geschäftsführer damit einverstanden ist, dass die D&O-Haftpflichtversicherung einen Selbstbehalt in Höhe von 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Geschäftsführers vorsehen kann. Von der Aufnahme eines Selbsthalts in die aktuellen Versicherungspolice ist bisher Abstand genommen worden, da eine entsprechende Vertragsänderung zu höheren Versicherungskosten führen würde.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht über die Corporate Governance des Unternehmens (Corporate Governance Bericht), der auf der Website der Messe Berlin GmbH eingestellt ist. Hierzu gehört auch die Erläuterung eventueller Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex.

2. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung. Tätigkeiten zum Nachteil des Unternehmens werden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien trägt die Geschäftsführung Sorge. Auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen wirkt die Geschäftsführung hin (Compliance). Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung besteht aus zwei Geschäftsführern. Die Geschäftsordnung regelt die Aufgaben der Geschäftsführung, die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Geschäftsführer (in Verbindung mit dem Organisationsplan), die der Gesamtgeschäftsführung vorbehaltenen Aufgaben sowie die erforderliche Stimmenmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen. Dr. Christian Göke ist Vorsitzender der Geschäftsführung.

Die Vergütung der Geschäftsführer setzt sich aus einem Fixum und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung erfolgt auf Basis einer Zielvereinbarung, die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf der Grundlage eines Beschlusses des Personal- und Präsidialausschusses abgeschlossen wurde. Sie setzt sich aus einer Erfolgsbeteiligung bezogen auf das Planergebnis sowie weiteren Strukturzielen zusammen. Die Zielvereinbarung enthält Vorgaben mit langfristiger Anreizwirkung und ist auf einen Höchstbetrag begrenzt.

Die Vergütungen der Geschäftsführer werden im Anhang zum Jahresabschluss einzeln ausgewiesen. Der Jahresabschluss ist auf der Website der Messe Berlin GmbH als Teil des Geschäftsberichts eingestellt.

Die Verträge mit den Geschäftsführern sind aufgrund von Besitzstandswahrung bzw. mit Blick auf die dreijährige Vertragslaufzeit nicht so gestaltet, dass Zahlungen an die Geschäftsführer bei vorzeitiger Beendigung der Geschäftsführertätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) dürfen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Vertrages vergüten.

3. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat nimmt seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung wahr. Er wird in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sieht dabei bislang keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung findet ein regelmäßiger Kontakt statt. Über Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens wird dabei regelmäßig beraten. Der Vorsitzende der Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet seinerseits erforderlichenfalls den Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2013 haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat einen Personal- und Präsidialausschuss. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Abschluss und die Beendigung von Anstellungs- und Pensionsverträgen sowie die Befugnis, Tantiemen für die Geschäftsführer festzulegen, sind dem Personal- und Präsidialausschuss des Aufsichtsrats zur Beratung und Entscheidung übertragen.

Ferner ist der Personal- und Präsidialausschuss berechtigt, Rechtsgeschäfte jeder Art gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführungsmitgliedern vorzunehmen. Das Plenum des Aufsichtsrats wird vom Vorsitzenden des Ausschusses über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Mit Beschluss vom 02.07.2009 hat der Aufsichtsrat dem Personal- und Präsidialausschuss bis zum Ende der laufenden Amtsperiode weiterhin die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungsausschusses („Audit Committee“) übertragen.

Der Personal- und Präsidialausschuss ist damit auch mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Die Sitzungsleitung bei den Prüfungsangelegenheiten hat der Aufsichtsrat einem anderen Ausschussmitglied als dem Aufsichtsrats- und Ausschussvorsitzenden übertragen.

Im Jahr 2013 fand eine außerordentliche Sitzung des Personal- und Präsidialausschusses statt.

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat einen Investitionsausschuss. Dieser hat die Aufgabe, den Aufsichtsrat auf der Grundlage der Gesamtstrategie des Unternehmens bei seinen Verhandlungen und Beschlüssen über Sach- und Finanzinvestitionen mit großer Bedeutung zu beraten.

Der Aufsichtsrat hat keine darüber hinaus gehenden Entscheidungskompetenzen auf Ausschüsse übertragen.

Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Der Wechsel eines Geschäftsführers in den Vorsitz des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse ist nicht die Regel.

Bei Vorschlägen zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Nach seiner eigenen Einschätzung gehören dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Kein Aufsichtsratsmitglied erreicht die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgt entsprechend den Vorschriften des DrittelbG. Die Anteilseignervertreter werden von der Gesellschafterversammlung nicht in Einzelwahl gewählt.

Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt und trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens sowie dem Vorsitz und dem stellvertretenden Vorsitz Rechnung. Die Vergütung besteht aus einem Fixum. Eine erfolgsorientierte Vergütung oder Sonderleistungen werden nicht gewährt. Die Gesamtvergütung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Die Vergütung der einzelnen Mitglieder wird individualisiert angegeben.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat im Jahr 2013 an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat überprüft die Effizienz seiner Tätigkeit regelmäßig. Es sind nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

4. Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung beachten die Regeln des Wettbewerbsverbots. Weder fordern sie von Dritten Zuwendungen oder Vorteile noch nehmen sie solche für sich oder andere Personen an. Sie gewähren Dritten keine ungerechtfertigten Vorteile. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung durch Beschäftigte des Unternehmens bekannt geworden.

Sowohl die Mitglieder der Geschäftsführung als auch die des Aufsichtsrats wahren die Unternehmensinteressen, verfolgen keine persönlichen Interessen und nutzen Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, nicht für sich.

Kein Geschäftsführer oder Aufsichtsratsmitglied war Interessenkonflikten ausgesetzt.

Jedes Mitglied der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats wird Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen legen und die anderen Mitglieder der Geschäftsführung hierüber informieren.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht abgeschlossen und daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ist für den Fall, dass sich derartige Geschäfte ergeben, keine einheitliche Konzernregelung für die Information und Offenlegung vor dem Aufsichtsrat getroffen worden.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Der bisherige Vorsitzende der Geschäftsführung (bis 30.06.2013), Raimund Hosch, war 2013 (*Funktionen bis 30.06.2013 berücksichtigt*)

- Vorstandsmitglied des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. – AUMA,
- Mitglied des Vorstands der Gemeinschaft Deutscher Großmessen e.V. – GDG,
- Mitglied des Board of Directors der Union de Foires Internationales – UFI,
- Mitglied des Wirtschaftsbeirats des Landessportbundes Berlin,
- Mitglied im Vorstandsrat des Allgemeinen Verbands der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg e.V.,
- Mitglied im Aufsichtsrat der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH,
- Mitglied im World Travel and Tourism Council (WTTC).

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Dr. Christian Göke, war 2013

- Vorstandsmitglied des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. – AUMA (ab 01.07.2013),
- Mitglied des Aufsichtsrats der Berlin Tourismus & Kongress GmbH („visitBerlin“),
- Mitglied des Vorstands der Gemeinschaft Deutscher Großmessen e.V. – GDG (ab 01.07.2013),
- Mitglied des Board of Directors der Union de Foires Internationales – UFI,
- Mitglied des Aufsichtsrats von Hertha BSC GmbH & Co. KGaA,
- Mitglied des Aufsichtsrats der E.G.E. European Green Exhibitions GmbH,
- Mitglied des Aufsichtsrats der Kick-Media AG,

- Mitglied des Kuratoriums des Forschungsverbunds Berlin e.V. (bis 31.08.2013),
- Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. (DZT),
- Mitglied des Wirtschaftsbeirats des Landessportbundes Berlin,
- Mitglied im World Travel and Tourism Council (WTTC).

Die Geschäftsführerin Frau Maaß (ab 01.08.2013) war 2013 (*Funktionen seit dem 01.08.2013*)

- Aufsichtsratsvorsitzende der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH.

Weitere Nebentätigkeiten wurden von den Geschäftsführern außerhalb des Unternehmens nicht ausgeübt. Nebentätigkeiten werden dem Vorsitzenden des Personal- und Präsidialausschusses zur Zustimmung vorgelegt.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder werden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Im Juni/Juli 2013 wurde die neue Grundlagenvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Messe Berlin GmbH mit Wirkung zum 01.01.2013 für die Dauer von 5 Jahren geschlossen. Darin wurde der pauschale Teilersatz des Gesamtbewirtschaftungsaufwands für das Messegelände und ICC Berlin zu Lasten der Messe Berlin von jährlich 14 Mio. EUR auf 10 Mio. EUR gekürzt. Die Geschäftsführung hatte den Aufsichtsrat bereits letztes Jahr über die damit einhergehenden wesentlichen Folgen für die Wirtschafts- und Finanzplanung insbesondere in Bezug auf die Finanzierung des CityCube Berlin und auf notwendige Kürzungen bei den Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen unterrichtet.

Dem Aufsichtsrat ist bekannt, dass ein Risiko in der Einhaltung der Covenants-Regeln zur Finanzierung des CityCube besteht. Die Blankofinanzierung der Banken in Höhe von 45 Mio. EUR (ohne Absicherung durch das Land Berlin oder Grundstücke) ist an Nebenabreden gebunden, wie z.B. die Einhaltung der Eigenkapitalquote, den Verschuldungsgrad und die Grundlagenvereinbarung mit dem Land Berlin. Bei einer Verschlechterung dieser Nebenabreden stehen den finanzierenden Banken Rechte einer

Kreditkündigung zu. Mit einer Verschlechterung ist ggf. zu rechnen, wenn der Teiler-satz für den Bewirtschaftungsaufwand seitens des Landes Berlin von derzeit 10 Mio. EUR p.a. (s.o.) gekürzt wird, wozu das Land Berlin nach der Grundlagenvereinbarung berechtigt ist.

Der Aufsichtsrat wurde darüber unterrichtet, dass das ICC Berlin (ICC) noch in der ers-ten Jahreshälfte 2014 für einige Veranstaltungen genutzt wird, da der CityCube Berlin aufgrund des Verzugs der ARGE Rohbau nach derzeitigem Planungsstand erst Anfang 2014 komplett baulich fertig gestellt sein wird. Die aktualisierte Planung der Ergebnis-auswirkungen für 2014 wegen der Kosten für die Nutzung des ICC 2014 und die an-schließenden Stilllegungsmaßnahmen werden in die Wirtschaftsplanung 2014 einge-stellt. Der Grundlagenvertrag sieht vor, dass sich die Messe Berlin mit dem Land Berlin über den Umfang der Stilllegungsmaßnahmen einvernehmlich abstimmt. Über den Fortgang der Verhandlungen wird der Aufsichtsrat laufend informiert.

Ungeachtet dessen wurde der Aufsichtsrat darüber unterrichtet, dass die Aufrechter-haltung des ICC bis Ende 2014 als Veranstaltungsstätte mit dem bekannten Risiko von weiteren Notfallmaßnahmen einhergehen würde. Aus diesem Grund wird der Status des ICC als Versammlungsstätte nicht über den 30.06.2014 hinaus weiter geführt.

Daneben wird die abermalige Verschiebung der Eröffnung des neuen Flughafens Ber-lin Brandenburg BER zu nicht unerheblichen Auswirkungen auf die Wirtschafts - und Finanzplanungen führen, da insbesondere bei der ILA 2014, die auf dem neuen Mes-segelände in Selchow (Berlin ExpoCenter Airport) stattfindet, absehbar zusätzliche Kosten durch die Verschiebung entstehen.

Unternehmensinformationen werden zum Teil auch über das Internet veröffentlicht. Der aktuelle Corporate Governance Bericht wird auf der Internetseite der Gesellschaft zu-gänglich gehalten.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden entsprechend den anerkannt-ten nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und den Gesellschaftern nach dem entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrats in der vorgesehenen Frist vor-gelegt.

Das Land Berlin als Hauptgesellschafter und der Aufsichtsratsvorsitzende werden über den Jahres- und Konzernabschluss hinaus während des laufenden Geschäftsjahres durch Quartalsberichte entsprechend den Vorgaben des Beteiligungscontrolling des Landes Berlin fristgemäß informiert und erörtern die Zwischenberichte mit der Geschäftsführung. Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage erfolgt gegenüber dem Aufsichtsrat zu den mindestens vierteljährlich stattfindenden Aufsichtsratssitzungen.

7. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung.